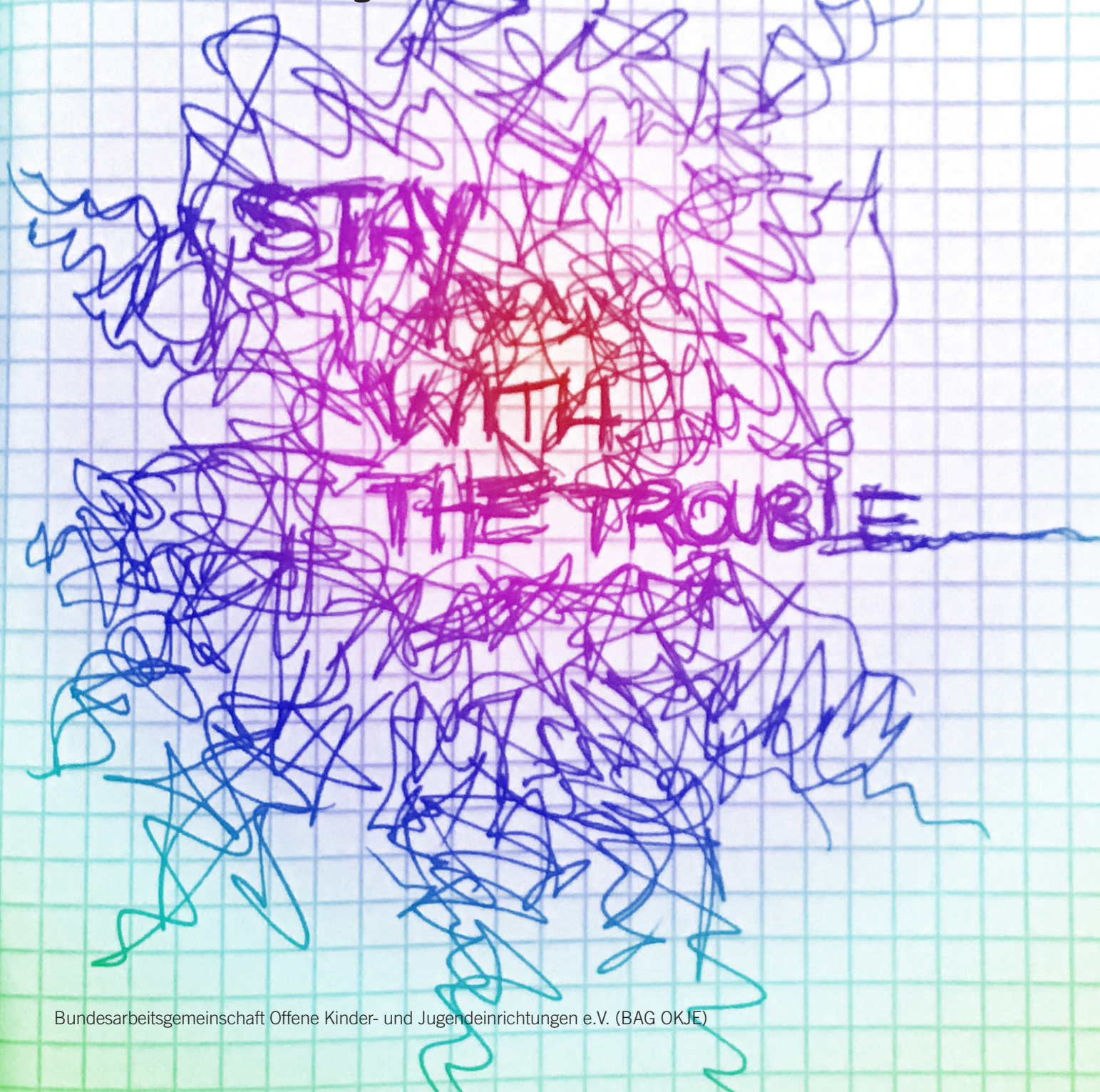


Nils Schuhmacher, Moritz Schwerthelm, Gillian Zimmermann

Stay with the Trouble

**Politische Interventionen im Arbeitsfeld der
Offenen Kinder- und Jugendarbeit**



Bundesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen e. V. - BAG OKJE (Hrsg.)
Autor*innen: Nils Schuhmacher, Moritz Schwerthelm, Gillian Zimmermann
Stay with the Trouble. Politische Interventionen im Arbeitsfeld der Offenen Kinder- und Jugendarbeit

ISBN 978-3-925882-50-0 (Print)
ISBN 978-3-925882-51-7 (E-Book)

© BAG OKJE e.V., Lehderstraße 117, 13086 Berlin, 2021
Verlag Burkhard Fehrlen · Tübingen 2021
Bestellungen über den Buchhandel, die BAG OKJE: oja@bag-okje.de, den Verlag: www.tbt-verlag.de

Die Untersuchung wurde unterstützt und gefördert durch:



Vorwort der BAG OKJE¹

Offene Kinder- und Jugendarbeit ist politisch, aber nicht parteipolitisch gebunden. Sie leistet einen wesentlichen Beitrag zur demokratisch-politischen Bildung, wie der aktuelle 16. Kinder- und Jugendbericht aufzeigt. Ausgehend von den Interessen und den Lebenslagen der jungen Menschen ist die Offene Kinder- und Jugendarbeit dabei auch mal mehr, mal weniger so »aufmüpfig«, wie die Jugendphase selbst. Damit tut sich die Welt der Erwachsenen schon immer schwer. Deshalb verwundert es auch nicht, dass politische Interventionen in die Offene Kinder- und Jugendarbeit so alt sind, wie die Offene Jugendarbeit selbst. Besonders beschäftigten sie das Arbeitsfeld in ihren Anfängen und in der Jugendzentrumsbewegung. Insbesondere unabhängige, autonome, selbstorganisierte Jugendzentren haben seit Jahrzehnten immer wieder politische Anfragen und den Versuch der Einflussnahme – meist mit dem Ziel der Einschränkung der Förderung – ertragen müssen.

Seit einigen Jahren ergibt sich allerdings durch das Aufkommen rechtspopulistischer und rechtsextremistischer Kreise bis weit in die politischen Gremien hinein, eine neue Situation mit einer potenziell bedrohlicheren Intensität und Quantität. Anschauliche Berichte bzw. Beispiele aus einzelnen Einrichtungen und deren Akteur*innen unterstreichen diesen Eindruck. Auch scheinen diese Interventionen teilweise nicht mehr zufällig verstreut, sondern planvoll und zielgerichtet organisiert. Was allerdings bisher fehlte, war eine systematischere Forschung und Analyse dieser neuen Interventionsanstrengungen bzw. -strategien.

Deshalb stieß die Idee eines aktuellen Forschungsprojektes zu politischen Interventionen im Arbeitsfeld der Offenen Kinder- und Jugendarbeit bei der BAG OKJE sofort auf großes Interesse und die Bereitschaft, ein solches Projekt als bundes-

weiter Zusammenschluss der Einrichtungen und Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, also der Betroffenen selbst, umzusetzen. So wurde konkretes Wissen darüber geschaffen, welches Ziel diese politischen Interventionen verfolgen, von wo diese kommen und wer ein solches zielgerichtetes Vorgehen gegen die Arbeit in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit unterstützt oder duldet. Der Forschungsbericht von Nils Schuhmacher, Moritz Schwerthelm und Gillian Zimmermann liefert nun diese Erkenntnisse und Ergebnisse.

Aus Sicht der BAG OKJE müssen aus den Erkenntnissen und Ergebnissen Folgerungen und Handlungen vollzogen werden. Der Forschungsbericht liefert diesbezüglich Empfehlungen für die Praxis, aber insbesondere auch für die Politik auf der lokalen Ebene. Die BAG OKJE und ihre Mitgliedsorganisationen werden diesen Bericht zum Anlass nehmen, die Fachpraxis in den Ländern und vor Ort darin zu unterstützen, sich für die Bewältigung politischer Interventionen zu wappnen und auf den verschiedenen politischen Handlungsebenen nachzufragen und nachzuhaken, wie sie es mit der politischen und strukturellen Unterstützung von unabhängiger demokratisch-politischer Bildung in der (offenen) Kinder- und Jugendarbeit halten und aktiv zur Eindämmung entsprechender politischer Interventionen beitragen.

Ein besonderer Dank geht an das Forschungsteam, das sich mit großem Engagement dem Vorhaben gewidmet hat. Ein Dankeschön geht darüber hinaus an die Landesverbände AGJF Baden-Württemberg, AGJF Sachsen, AGOT Nordrhein-Westfalen, Fachverband Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit Brandenburg und LAG OKJA Niedersachsen, die dieses Forschungsprojekt inhaltlich und finanziell unterstützt haben.

Martin Bachhofer
Vorsitzender

Volker Rohde
Geschäftsführung

¹ Die BAG OKJE e.V. ist der bundesweite Zusammenschluss von mehr als 1000 verschiedenen Trägern mit über 5.000 Einrichtungen und Angeboten der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Unsere Mitglieder sind Bundes- und Landesverbände sowie überregionale Zusammenschlüsse. Diese werden durch keine andere Organisation auf Bundesebene vertreten.

Inhalt

Einleitung 7

I. Rahmung 9

1. Ziele und Forschungsfragen 9
2. ›Steuerung‹, ›Intervention‹, ›politische Intervention‹: Welcher Begriff für welche Erfahrung? 9
3. Spezifika des Arbeitsfeldes Offene Kinder- und Jugendarbeit 11
4. Erfahrungen mit Steuerung und politischen Interventionen im Feld der Offenen Kinder- und Jugendarbeit..... 13

II. Vorgehensweise 17

1. Methodische Anlage 17
 - 1.1. Analysedimensionen:
Zur Anlage des Fragebogens..... 17
 - 1.2. Verteilung der Anfrage
und des Fragebogens 18
2. Spezifika beim Rücklauf..... 19

III. Ergebnisse 23

1. Die Ergebnisse in Zahlen 23
2. Die qualitative Seite von Steuerung und Intervention in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit 26
 - 2.1. Steuerungsgeschehen:
Eine empirische Abgrenzung 26
 - 2.1.1. Anlässe, Themen und
Begründungen von Steuerungen 27
 - 2.1.2. Formen, Arenen und
Akteure von Steuerungen..... 29
 - 2.1.3. Umgangsweisen mit Steuerungen 30
 - 2.1.4. Von Steuerung zu politischer
Intervention..... 31

2.2. Politische Interventionen – eine empirische Sortierung	32
2.2.1. Themen und Anlässe politischer Interventionen.....	33
2.2.2. Formen, Arenen und Akteure politischer Interventionen.....	36
2.3. Die Dynamik der Delegitimierung und des Dagegenhaltens.....	41
2.3.1. »Kaderschmiede für gewaltaffine Chaoten« – Wie politische Negativ-Markierungen entstehen	41
2.3.2. Jugendarbeit als »good clean fun«? Das Einfordern von »Neutralität«	44
2.3.3. Umgangsweisen der Betroffenen. Zwischen öffentlichem Dagegenhalten und versteckter Anpassung.	46
2.3.4. Nicht nur »Lippenbekenntnisse«: Solidarisierungen, Distanzierungen und Co-Interventionen	50
2.3.5. Von »Normalzustand« bis »Jetzt erst Recht!« – Effekte politischer Interventionen.....	55
2.3.6. »Schlimmer geht es immer...«? – Veränderungen und Verschiebungen der Interventionsgeschehen.....	58
2.3.7. »Befürchtung: sie machen weiter. Erwartung: wir machen weiter« – Zukunftsszenarien und Sorgen der Befragten	61

IV. Bilanz, Schlussfolgerungen, Handlungsempfehlungen 63

1. Einfallstore entstehen im kommunalen
Steuerungsgeschehen
2. Die OKJA wird zum Feld der politischen
Inszenierung und Selbstlegitimierung
3. Die Betroffenen: »Übliche Verdächtige«
und das neue Unerwünschte
4. »Angriffe von rechts« sind Teil eines
multiplen Interventionsgeschehens
5. Politische Interventionen sind nicht immer
erfolgreich, aber immer folgenreich
6. Sich im Interventionsgeschehen behaupten –
stay with the trouble.....

V. Literatur, Abbildungsverzeichnis 73

Die Autor*innen 80

Einleitung

Fachkräfte der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) fragen sich vielleicht, wozu es eine Studie zu politischen Interventionen in ihrem Arbeitsfeld braucht. Ist es nicht völlig alltäglich für die Jugendarbeit, dass unterschiedliche Akteure versuchen, Einfluss auf die Inhalte, Konzepte und Methoden der (sozial-)pädagogischen Arbeit zu nehmen? Und ist das nicht auch berechtigt – jedenfalls dort, wo es um öffentliche Gelder geht und um jene, die die Verwendung dieser Gelder politisch kontrollieren sollen? Und handelt es sich hier dann nicht eher um ›normale‹ Steuerungsprozesse in der Kinder- und Jugendhilfe?

Sicher ist, dass politische Einflussnahmen bis hin zu Angriffen zur Geschichte der Jugendarbeit gehören. Sie ist ein gesellschaftlich umkämpftes Feld. Seit ihren Anfängen wird in (Fach-)Politik, Praxis und Wissenschaft darum gerungen, welche Funktion sie für die Gesellschaft hat. Dieses Ringen ist auch heute präsent und drückt sich unter anderem in den Positionierungen und Selbstverständnissen der Dachverbände und Zusammenschlüsse der OKJA aus (KV OKJA 2019; BAG OKJE 2020). Doch gelingt es dem Arbeitsfeld auch immer, die eigenen fachlichen Geltungsansprüche darzustellen, sich Gehör zu verschaffen, die professionelle Arbeit zu begründen und sich selbst zu legitimieren? Zumindest einige einschlägige Fachbeiträge bezweifeln dies (Wendt 2015; Scherr & Sturzenhecker 2021) und es werden Konzepte entwickelt, die Jugendarbeiter*innen darin unterstützen, auf die Jugend(arbeits)politik Einfluss zu nehmen (Lindner & Pletzer 2017). Gleichzeitig ist wenig erforscht, welche Strukturen und Akteure Jugendarbeit daran hindern, ihre eigenen Geltungsansprüche zu verteidigen. In Ansätzen macht dies schon deutlich, dass es einen generellen Klärungsbedarf zur Jugendarbeitspolitik gibt.

Daneben besteht ein konkreter Klärungsbedarf bezüglich der Inhalte von Infragestellungen von Ansätzen, Konzepten und Realitäten der Jugendarbeit. Auf der Hand liegt, dass es in politischen Interventionen nicht *das* eine Thema, *den* einen Akteur, *diese* Strategie und *jene* Reaktion gibt. Das bedeutet, es wird empirisches Wissen über die Interventionsgeschehen in diesem Bereich benötigt, also darüber, wer, wie, warum und auf welche Art und Weise Jugendarbeit infrage stellt, versucht, auf diese Einfluss zu nehmen oder sie gar angreift. Dabei müssen wir aktuelle Debatten und Dynamiken einbeziehen. Sie sind gleichsam der Anlass dieser Studie. In den vergangenen Jahren gab es vermehrt Erfahrungsberichte aus Einrichtungen und

Angeboten der Jugendarbeit, die nahelegen, dass die Intensität und Quantität von politischen Interventionen zugenommen hat und dies auch in einem logischen Zusammenhang mit den politischen Erfolgen der AfD und ihrer gestiegenen parlamentarischen Präsenz zu stehen scheint. Neben Berichten über Ein- und Angriffe seitens dieser Partei finden sich Hinweise auf weitere relevante Kreise: andere Parteien und Wählervereinigungen, zivilgesellschaftliche Akteure sowie Behörden, die mit unterschiedlichen Zielen und Begründungen auf die Jugendarbeit einwirken. Die Offene Kinder- und Jugendarbeit ist dabei eine Adressatin unter anderen. Ähnliche, oft sehr eindringliche Berichte gibt es aus weiteren Arbeitsfeldern. Aber gerade das für sie konstitutive Element der ›Offenheit‹ bringt es mit sich, dass sie auf spezifische Weise angegriffen wird. Und sie wird dabei nie allein als fachprofessionelles Feld adressiert, sondern stellt zugleich eine Arena für allgemeine politische Konflikte und Inszenierungen dar.

Dies wird auch an öffentlich gewordenen Fällen politischer Interventionen und deren medialer Thematisierung deutlich: Im Geschwister-Scholl-Haus in Pinneberg, Schleswig-Holstein, ist das »Antifa Café« nicht erwünscht«, weil der Name »möglicherweise negativ behaftet sein könnte wegen G20 und den linksextremen Krawallen« (Speit, taz 2019). In Döbeln, Sachsen, »stellt die AfD die staatliche Förderung eines Vereins in Frage«, der seit über 20 Jahren Offene Angebote organisiert und in Folge dessen befürchten musste, Stellenetats und die hauseigene Siebdruck-Werkstatt zu verlieren (Nordin Menke, Deutschlandfunk 2019). Und in Baden-Württemberg, »erhitzt die Gemüter« ein Banner im Jugendzentrum von Wangen (Treffler, Schwäbische Zeitung 2019), während der lokale AfD-Bürgermeisterkandidat in Offenburg die »Szene im [Jugendzentrum] ›Kessel« beobachten« lassen will (Pflüger, baden online 2018).

Dies sind nur einige spektakuläre Fälle aus einer längeren Liste. Ihr Umfang würde noch erheblich zunehmen, ergänzte man sie um Fälle aus den Arbeitsfeldern der Politischen Bildung und der Jugendverbandsarbeit (Hafeneger u.a. 2020). Nicht immer stellen sich Einflussversuche und politische Interventionen so deutlich dar, wie in diesen Beispielen. Nicht immer sind sie so trennscharf von alltäglichen Aushandlungs- und Verwaltungsmechanismen zu unterscheiden. Aus diesem Grund ist es das Ziel dieser Untersuchung, ein detailliertes Bild der Umstände, Prozesse, Dynamiken und Akteure nachzuzeichnen sowie Effekte, Veränderungen und Umgangsweisen

des Fachpersonals aufzuzeigen. Die Studie stellt insofern einen ersten Versuch dar, das aktuelle Interventionsgeschehen in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sowohl sichtbar zu machen als auch zu systematisieren. Sie ist als explorative bundesweite (nicht repräsentative) Fragebogenerhebung in Einrichtungen, Angeboten und Trägern der OKJA angelegt, die nach den Interventionserfahrungen der letzten fünf Jahre (2015-2020) fragt. In diesem Bericht stellen wir diese Ergebnisse dar. Unser herzlicher Dank gilt dabei allen, die die Befragung mit ihren Antworten und ihrem Wissen bereichert haben. Auch wenn wir uns in diesem Bericht auf das Arbeitsfeld der Offenen Kinder- und Jugendarbeit konzentrieren, dürften die referierten Befunde auf andere Arbeitsfelder, die konzeptionelle Ansätze der politischen Bildung und Demokratiebildung verfolgen, übertragbar sein.

Natürlich bleiben Lücken und es werden neue Fragen aufgeworfen. Wir haben uns bemüht, dies an entsprechenden Stellen zu thematisieren. Auch wollen wir nicht den wichtigen Hinweis unterschlagen, dass die Corona-Pandemie in jeder Hinsicht einen Einschnitt bedeutet, über dessen Tiefe zurzeit nur spekuliert werden kann. So war das letzte Jahr auch für die Jugendarbeit ein Jahr im Ausnahmezustand. Die Dynamik der Interventionen, die in diesem Bericht dargestellt wird, scheint sich zwischenzeitlich abgeschwächt zu haben. Allerdings ist davon auszugehen, dass sich bereits vorhandene soziale und politische Konflikte nach der Pandemie weiter zuspitzen werden und damit neue Herausforderungen ins Haus stehen. Dies

dürfte auch für das hier beschriebene Interventionsgeschehen gelten.

Zur Darstellung der Ergebnisse führen wir in Kapitel I in den Rahmen des Forschungsprojekts ein, beschreiben Ziele und Forschungsfragen, nähern uns zentralen Begriffen der Studie und stellen die Spezifika des Handlungsfeldes Offene Kinder- und Jugendarbeit im Kontext politischer Interventionen dar.

Daran anschließend erläutern wir in Kapitel II unsere methodische Vorgehensweise: Wir stellen die Fragebogenerhebung sowie unsere Auswertungsmethode dar und weisen auf Besonderheiten beim Feldzugang und Rücklauf hin.

Kapitel III vereint dann unsere Ergebnisse. Diese sind in zwei Unterkapiteln systematisiert: in einem ersten Schritt referieren wir quantitative Befunde. Anschließend geben wir anhand unserer Analysen einen Überblick über die Fälle von Steuerung und Interventionen aus unserem Material. Schließlich – und dies bildet das Herzstück unserer Forschungsergebnisse – betrachten wir politische Interventionen aus sieben unterschiedlichen Perspektiven, die wir aus unserem Material rekonstruieren konnten.

Aus diesen Ergebnissen gezogene Schlussfolgerungen leiten wir in Kapitel IV ab. Diese beinhalten auch Handlungsempfehlungen für die unterschiedlichen Akteure von Jugendarbeit in Einrichtungen, Angeboten, Trägern, Jugendhilfeplanung, Verwaltung sowie Politik.

I. Rahmung

W

ie für wissenschaftliche Untersuchungen üblich, vergewissern wir uns hier des Rahmens dieses Projekts. Wir stellen die Ziele sowie die Forschungsfrage dar, be-

schreiben zentrale Begriffe und verweisen auf den aktuellen Forschungsstand – soweit dieser Erkenntnisse für unseren Kontext der OKJA liefert. Dabei erläutern wir die für diese Studie grundlegenden Spezifika des Forschungsfeldes.

1. Ziele und Forschungsfragen

Entsprechend der in der Einleitung beschriebenen Grundannahmen – das Handlungsfeld ist stets politischen Interventionen ausgesetzt, das empirische Wissen darüber ist rar und es mehren sich Hinweise, dass sich Dynamiken, Intensitäten und Inhalte des Interventionsgeschehens ändern – stellt sich im Forschungsprojekt folgende Frage: *Sind Einrichtungen, Angebote und Träger der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in den letzten fünf Jahren zum Gegenstand politisch begründeter Interventionen geworden? Und wenn ja, wie und inwiefern?* Ziel der Studie ist also die Sichtbarmachung der aktuellen Probleme und Herausforderungen im Arbeitsfeld und die Ermittlung von daraus erwachsenen Bedarfen bei Fachkräften der Jugendarbeit. Insofern galt das Interesse auch den Einschätzungen des Fachpersonals, ihren Umgangsweisen sowie möglichen Konsequenzen, die aus politischen Interventionen für die eigene Arbeit erwachsen.

Daraus entstehen folgende zentrale Fragen, die bei der Durchführung der Studie forschungsleitende Orientierung boten:

1. Welche Einrichtungen, Projekte und Ansätze werden thematisiert?
2. Welche Inhalte werden dabei in besonderem Maße zum Gegenstand von Interventionen?
3. Welche Akteure versuchen, OKJA infragezustellen, zu beeinflussen und/oder anzugreifen?
4. In welchen Kontexten finden diese Thematisierungen statt?
5. Welche Anlässe werden zum Ausgangspunkt von Interventionen oder als solche genutzt?
6. Welche Formen der Intervention sind festzustellen? Welche Muster und Dynamiken werden dabei erkennbar?
7. Wie reagieren zunächst unbeteiligte Dritte auf die Interventionen?
8. Wie gehen Fachkräfte der Jugendarbeit mit diesen Thematisierungen bzw. Interventionen um und welche professionsbezogenen Effekte deuten sich an?
9. Welche politischen, diskursiven, persönlichen und förderpraktischen Konsequenzen und Effekte zeichnen sich ab?
10. Welche Veränderungen nehmen die Betroffenen im Interventionsgeschehen wahr? Welche Befürchtungen äußern sie?
11. Welche Forderungen und Bedarfe ergeben sich daraus für das Fachpersonal der OKJA und ihre Träger?

Zur Klärung dieser Fragen ist es sinnvoll, zunächst zentrale Begrifflichkeiten zu bestimmen und die besondere Struktur Offener Kinder- und Jugendarbeit zu beschreiben.

2. ›Steuerung‹, ›Intervention‹, ›politische Intervention‹: Welcher Begriff für welche Erfahrung?

Intervenieren heißt ›sich einschalten‹ oder ›dazwischentreten‹. Geplant und gezielt wird von außen in eine als problematisch eingestufte Situation oder Entwicklung eingegriffen, um diese im eigenen Sinne zu verändern.

Die sozialpädagogische Praxis kennt verschiedene Formen des ›Eingreifens‹. Sie stehen neben Handlungsformaten wie Beratung, Begleitung und Angebot, manchmal sind sie auch in diesen enthalten (Hörmann & Nestmann 1988; Müller 2015). Das Besondere ist, dass dabei das Moment der Freiwilligkeit eine wichtige Rolle spielt. Und es geht auch nicht einfach darum, Situationen und Adressat*innen im eigenen Sinne zu verändern. Dafür steht der Leitbegriff der »Subjektorientierung« (Scherr 1997). Er beinhaltet den Anspruch, die Interessen und Anliegen von Kindern und Jugendlichen anzuerkennen und aufzugreifen, wie es auch der gesetzliche Auftrag nach § 11 SGB VIII vorgibt, und sie als handlungsfähige Menschen anzuerkennen. Eine entsprechend große Bedeutung kommt damit zum einen der Einnahme einer parteiichen Haltung, zum anderen der Schaffung von ›Arbeitsbündnissen‹ und Kooperationen mit den Adressat*innen zu.

Kontrastiert werden diese Ansprüche und Leitlinien durch den Umstand, dass Sozial- und Jugendarbeit zugleich auch

andere – gesellschaftliche und gesetzgeberische – Vorgaben und Erwartungen zu berücksichtigen hat. Die Praxis ist also nie allein das Ergebnis eigener professionstypischer Konzepte, sondern auch das Resultat von Aufträgen, die andere erteilen und von Vorstellungen anderer, die im Raum stehen. Diese beziehen sich nicht nur auf pädagogische Leistungen »am Subjekt«, sondern in hohem Maße auf Leistungen, die der Stärkung der öffentlichen und sozialen Ordnung oder ganz allgemein »der Gesellschaft« dienen. Auf diese Gleichzeitigkeit sehr unterschiedlicher Aufträge verweist der Terminus des »Doppelman-dats« aus Hilfe, Unterstützung und Anwaltschaftlichkeit auf der einen und Kontrolle und Disziplinierung auf der anderen Seite (Böllert 2015). Zur Typik des Mandats gehört, dass sich diese Aufträge in der Praxis allerdings oft nicht ohne Weiteres auseinanderhalten lassen, was die fortwährende Reflexion der eigenen Rolle und des eigenen Handelns erfordert (Olk 1986; Staub-Bernasconi 2007).

Im Rahmen dieser mehrfachen Aufgabenstellung entsteht ein Geflecht an potenziellen Spannungslinien: Eigene Vorstellungen können mit den Vorstellungen der Adressat*innen, der Kostenträger oder weiterer Gruppen (Politik, Medien, Zivilgesellschaft, Nachbarschaft, Eltern etc.) kollidieren. Parteiliches Eintreten für die Jugendlichen kann Probleme mit anderen schaffen. Aufträge können sich ändern und neue Anspruchsträger können auf der Bildfläche erscheinen, was wiederum neue Konflikte oder Anpassungen zur Folge hat. Zusammengefasst bedeutet das: *Soziale Arbeit ist eine Gestaltungs- und Interventionsprofession, die selbst dauerhaft Gegenstand von Gestaltung und Interventionen ist.*

Mit unserer Frage nach »politischen Interventionen« nehmen wir ein Teilstück dieses komplexen Geschehens in den Blick. Zwei Dinge sind dabei zu klären: es stellt sich die Frage, welche Absichten, Logiken und Effekte mit einzelnen Interventionen verbunden sind. Und es ist die Frage zu beantworten, wo eine politische Intervention überhaupt beginnt.

Für eine definitorische Annäherung erscheint es uns sinnvoll, zwischen (politischer) *Intervention* als Forschungsgegenstand und (politisch-administrativer) *Steuerung* zu unterscheiden. Man kann sagen: Steuernde Einflussnahmen sind die Geschäftsgrundlage jeden staatlich finanzierten Handelns. Sie können im Zweifelsfall als praxisfern, ungerecht, ungerechtfertigt, überzogen, unfachlich, in letzter Instanz auch als Infragestellung der eigenen Arbeit, Person und Haltung empfunden werden. Aber sie fallen doch – zumindest auf den ersten Blick – weniger grundsätzlich aus als Interventionen, die in Form und Qualität an die Substanz gehen. Wie lässt sich dieser Unterschied theoretisch genauer bestimmen?

Unter **Steuerung** fallen unserem Verständnis nach erstens Handlungen, die sich auf das *Arbeitsfeld als Arbeitsfeld* bezie-

hen. Steuerung kann sich mit Einflussnahmen verbinden, die intervenierenden Charakter haben. Immer aber steht im Vordergrund ein fachlicher oder fachpolitischer Zweck.

Zweitens kommt Steuerung *von innen*. Sie umfasst das administrative Miteinander zwischen Kostenträgern, Trägern, Einrichtungen und den einzelnen Mitarbeitenden in einem fachpolitischen Kontext. Sie drückt sich zugleich auch in Gestaltungen durch politische Akteure aus, die in Fachausschüssen und parlamentarischen Vertretungen Entscheidungen über oder in Bezug auf die Praxis fällen.

Drittens gilt Steuerung in starkem Maße als *Teil des beruflichen Alltagserlebens*. Sie ist gewissermaßen der Normalfall für Träger, Einrichtungen und Fachkräfte der pädagogischen Praxis.

Viertens wird Steuerung von allen Beteiligten als *grundsätzlich legitime Strukturierung* des Feldes eigenen (professionellen) Handelns angesehen und damit im Kern akzeptiert (wer stellt schon die Regelungskompetenzen von Behörden, Parlamenten und Ausschüssen generell in Frage?). Zum Teil (wie in den Jugendhilfeausschüssen) ist die Praxis auch direkt am Steuerungsgeschehen beteiligt.

Fünftens sind Steuerungen damit *implizit politisch*. Sie berühren politische Fragen und Sachverhalte, die Konflikte werden jedoch vorrangig im Gewand der Fachpolitik ausgetragen und verbleiben in der Regel auch »im System« der Jugendarbeitspolitik.

Politische Interventionen sind demgegenüber durch folgende Aspekte charakterisiert. Erstens trifft man hier auf Handlungen, die das *Arbeitsfeld als Kulisse* behandeln. Sie beziehen sich zwar auf das Feld, allerdings zumeist unter weitgehender Ausblendung seiner fachlichen Eigenheiten. Qualitativ liegt die Differenz zu Steuerungen darin, dass es nicht einfach um Kontrolle (und graduelle Veränderung), sondern mehr um substantielle Veränderung (meist im Sinne der Abschaffung/Beendigung eines Zustandes) geht.

Zweitens kommt Intervention *von innen und außen*. Typisch ist, dass hier auch oder in besonderem Maße Akteure auftreten, die zum einen politisch motiviert, zum anderen nicht zwingend Teil der fachlichen Aushandlungsprozesse sind.

Drittens weist ein solches Geschehen über das »Normale« und Gewohnte hinaus und wird von den Betroffenen damit als *Sonderfall* empfunden.

Viertens verweisen politische Interventionen auf ein geringeres Maß an Anerkennung des jeweiligen Ein- oder Angriffs, also auf eine *strittige Legitimität*.

Fünftens entstehen explizite *Bezüge auf Politik und das Politische*. Entweder wird auf politische Sachverhalte Bezug genommen oder Sachverhalte werden politisiert. Das heißt, dass sich in diesen Arten der Einflussnahme ein *öffentlicher*

Konflikt zwischen Interessen abbildet, und diese Interessen in übergreifender Weise auf Werte und Normen einer Organisation oder in einer Gesellschaft verweisen.

	(Politisch-administrative) Steuerung	(Politische) Intervention
Fokus	Arbeitsfeld als Arbeitsfeld	Arbeitsfeld als Kulisse
Ort und Adressierung	Innen	Innen und außen
Wahrnehmung als...	(Umstrittener) Regelfall	(Umstrittener) Sonderfall
Anerkennungsgrad	Akzeptierte Legitimität	Strittige Legitimität
Bezug zum Politischen	Implizite Politisiertheit und interner Konflikt	Explizite Politisierung und öffentlicher Konflikt

Tabelle 1: Dimensionen und Charakteristika von Steuerung und Intervention

Auf Grundlage dieser Unterscheidung definieren wir politische Interventionen als *bewusste Machttaktionen zur zielgerichteten Einflussnahme*, die durch drei Aspekte gekennzeichnet sind:

- ▶ erstens sind diese Machttaktionen mit der Intention der *Delegitimierung der anderen Seite und der Selbstlegitimierung* verbunden;
- ▶ zweitens ist die *Legitimität dieser Machttaktionen umstritten*;
- ▶ drittens entstehen *enge Bezüge zu übergeordneten politischen Themen und Konflikten*.

Aus dieser Definition folgt, dass wir im Weiteren nur solche Einflussnahmen als politische Interventionen behandeln, die von den Betroffenen als Eingriff, Infragestellung, Diskreditierung, Etikettierung, Angriff, Übergriff oder Schwächung beschrieben, also als negativ eingestuft werden, und inhaltlich keine Deckungsgleichheit mit eigenen Positionen aufweisen.

Die Antworten in unserer Erhebung zeigen zugleich: Das Teilstück ›politische Intervention‹ lässt sich nicht ohne Weiteres aus dem Gesamtgeschehen behördlicher und politischer Lenkung herauslösen. Die Rückmeldungen machen nämlich auch deutlich, dass die Grenzen zwischen ›üblichen‹ und delegitimierenden Einflussnahmen, zwischen Steuerungen und politischen Interventionen oft fließend sind: Aus der Rhetorik einer Einflussnahme lässt sich nicht bruchlos auf die dahinterstehenden Absichten und anvisierten Reichweiten schließen. Ereignisse können (von den Betroffenen oder von Dritten) als politische Intervention interpretiert werden, sind aber ›ganz anders‹ gemeint. Und schließlich können auch ›bloße‹ Steuerungen mehr oder weniger deutliche politische Konsequenzen nach sich ziehen. Zusätzlich ist zu bedenken, dass es eine

Vielzahl an Handlungsformen gibt, die keine Steuerung sind und für sich genommen auch keine Intervention darstellen, aber im Kontext von Interventionen eine Funktion besitzen können. Darunter fallen zum Beispiel parlamentarische Anfragen, die auf den ersten Blick lediglich der Information dienen, Kommentare in Gästebüchern und auf social media-Seiten von Einrichtungen, Leserbriefe, Medienberichte, informelle Kritik durch Fachkolleg*innen, Distanzierungen oder die Versagung von Unterstützung.

Politische Interventionen sind damit auch weniger als einzelne Handlungen und mehr als Bündel von Handlungen zu verstehen. Das Politische ist darin nicht einfach eine objektive Tatsache, die sich per Definition festlegen lässt, sondern eine objektivierbare Kategorie. Was eine Handlung – objektiv oder subjektiv, beabsichtigt oder faktisch – zu einer *politischen* Intervention macht, hängt ganz wesentlich vom Rahmen, als auch von der Bewertung der Beteiligten ab. Dies lenkt den Blick auf die Interpretationen der Handelnden (die nicht nur Fachpersonen, sondern immer auch Menschen mit ethischen, moralischen und politischen Haltungen sind), auf die besonderen Konturen intervenierender Praktiken sowie auf die Legitimationsvorräte solcher Interventionen.

Aus diesem Grund analysieren wir Interventionen nicht einfach nur als einzelne Zumutungen und Angriffe, sondern als *Techniken des politischen Gestaltens, Veränderens und Regierens*. Eine solche analytische Perspektive erlaubt es, die Politisierung von Einflussnahmen und Konflikten in die Betrachtung zu nehmen und die Grenzen zwischen Steuerung und Intervention abzuschreiten. So können schließlich auch Interventionen und Umgangsweisen als politisch identifiziert werden, in denen die Abwesenheit des Politischen behauptet oder eingefordert wird, wie es zum Beispiel im Begriff und Diskurs der ›Neutralität‹ der Fall ist.

Warum bleibt die analytische Trennung zwischen Steuerung und politischer Intervention trotz einer gewissen Vagheit für die Praxis wichtig? Die Antwort lautet: Sie schafft ein differenziertes Problembewusstsein für die offenen und verdeckten Dynamiken politischer Interventionen und grenzt diese zugleich von typischen strukturellen Herausforderungen des Arbeitsfelds ab. Dies ermöglicht es letztlich, Forderungen und Bedarfe der Fachpraxis themenspezifisch zu schärfen und zu unterstützen.

3. Spezifika des Arbeitsfeldes Offene Kinder- und Jugendarbeit

Die im vorangegangenen Teil beschriebenen Spannungen gelten für das gesamte (sozial)pädagogische Feld. Zugleich besitzen die verschiedenen Arbeitsbereiche ihre Eigenlogiken.

Entsprechend greifen Steuerungen und Interventionen auch auf je unterschiedliche Weise in die Abläufe und Selbstverständnisse ein.

Die Besonderheiten des Arbeitsfeldes Offene Kinder- und Jugendarbeit spielen in der Studie eine wichtige Rolle, weil angenommen werden kann, dass spezifische Strukturen das Handeln der in ihr Tätigen sowie die Kommunikation mit externen Akteuren im fachpolitischen Feld beeinflussen. Anders gesagt: Bei einer Studie zu politischen Interventionen gilt es, die Rahmenbedingungen und Kontexte dieser Interventionen zu berücksichtigen. Was sind nun feldspezifische Bedingungen in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit? Inwiefern ermöglichen oder befördern sie gegebenenfalls politische Interventionen? Wo erschweren oder verhindern sie diese?

Im Kontext politischer Interventionen, die darauf abzielen, Diskurslinien zu verschieben und auf diese Weise den eigenen politischen Einfluss zu vergrößern, kann dem Handlungsfeld der Offenen Jugendarbeit gesamtgesellschaftlich eine besondere Bedeutung zugeschrieben werden. Schließlich gilt sie als eines jener Handlungsfelder, in denen Heranwachsende per Gesetz ihre eigenen Interessen und Anliegen verfolgen, sich verselbstständigen und vergesellschaften und demokratisches Handeln aus- und dadurch auch einüben können (Deutscher Bundestag 2017, 2020). Die Kombination aus gesetzlichem Auftrag zur Förderung von Partizipation und Bildung und strukturellen Potenzialen der Offenheit, Freiwilligkeit und Diskursivität schafft für die Offene Kinder- und Jugendarbeit »ein ›Alleinstellungsmerkmal‹, denn außer in Vereinen und Jugendverbänden gibt es für Kinder und Jugendliche kaum eine institutionell gerahmte und unterstützte Möglichkeit, Demokratie konkret zu praktizieren: weder in der Schule noch in den Sphären des Konsums oder der Familie« (Sturzenhecker & Schwerthelm 2016, 198). Für eine demokratische Gesellschaft sind solche Lebensbereiche wichtig, denn »eine demokratisch verfasste Gesellschaft ist die einzige Gesellschaftsordnung, die gelernt werden muss, alle anderen Gesellschaftsordnungen bekommt man so« (Negt 2010, 27). Wenn nun vermutet wird, dass politische Akteure, Organisationen und Parteien vermehrt Einfluss auf einen dieser Bereiche auszuüben versuchen, gilt es, diese Interventionen in den Blick zu nehmen; auch unter der Fragestellung, ob sie das Feld so umstrukturieren, dass Kindern und Jugendlichen dadurch ein Handlungsfeld genommen wird, in dem sie gesellschaftlich, politisch und demokratisch ihre eigenen Lebensverhältnisse mitgestalten können.

Werden also ihre demokratischen Handlungsräume eingeschränkt? In jedem Fall zeigen historische Analysen, dass die gesellschaftliche Funktion der OKJA zur Demokratiebildung und demokratischen Partizipation Heranwachsender immer

wieder in Frage gestellt wurde. Denn die Offene Kinder- und Jugendarbeit wird seit ihrer Entstehung mit unterschiedlichen politischen Auftrags- und Funktionsbeschreibungen adressiert. Schon in der Nachkriegszeit wurde ihr seitens der alliierten Befreiungsmächte eine doppelte, durchaus ambivalente Funktion zugesprochen: »[E]inerseits sollten die Häuser der Offenen Tür einen Freiraum und ein Übungsfeld für demokratisches Handeln anbieten, also Bildung ermöglichen, andererseits sollten sie jugendschützerische Kontrolle leisten« (Schwerthelm & Sturzenhecker 2016, 8). Fachlich findet sich eine Seite dieser Funktionszuschreibung in zwei der einflussreichsten Konzeptstränge der Jugendarbeit wieder: einer emanzipatorischen Subjekt- und Demokratiebildung (Scherr & Sturzenhecker 2021) sowie einer sozialintegrativen Funktion durch Unterstützung von Lebensbewältigung (Böhnisch 2012, 2021) bzw. Lebensgestaltung (Möller u.a. 2016, 114ff.). Die Funktion der Kontrolle lässt sich von diesen beiden Konzeptsträngen abgrenzen und ist wie »Prävention« eher Produkt politischer Zuschreibung und staatlicher Förderprogramme. In der Kinder- und Jugendarbeit im Allgemeinen bildet sich diese Spannung zwischen Bildung, Gestaltung, Bewältigung und Kontrolle »bereits in der Jugendbewegung und den staatlichen Jugendarbeitsregelungen seit Beginn des 20. Jahrhunderts in Deutschland« (Schwerthelm & Sturzenhecker 2016, 9; siehe auch Giesecke 1969) ab. Das bereits erwähnte, für die gesamte Soziale Arbeit typische Doppelmandat aus sozialer Hilfe und sozialer Kontrolle wird in der Jugendarbeit demnach noch um Aspekte der Bildung und der demokratischen Selbstorganisation ergänzt. Auf diese Weise können auch gesellschaftsverändernde, emanzipatorische Anteile in der eigenen Arbeit an Raum gewinnen. Sie ergeben sich im Prinzip schon daraus, dass die Lage und die möglichen Probleme der Adressat*innen nicht einfach als hausgemacht verstanden und individualisiert, sondern in den Zusammenhang mit gesellschaftlichen Verhältnissen gestellt werden.

Als Organisation Sozialer Arbeit bzw. Sozialpädagogik werden die Funktionen der OKJA für die Gesellschaft sowie für die einzelnen Adressat*innen in fachpolitischen Arenen von unterschiedlichen Akteuren, wie Politik, Behörden, Trägerstrukturen, Fachkräften und Adressat*innen stets neu ausgehandelt. So kommt es auf den Ebenen der Wissenschaft, der Politik, der Verwaltung, des Trägerhandelns, in Teams und im pädagogischen Handeln immer wieder zu Bestimmungsversuchen, die aufgrund der Struktur des Feldes jedoch nie Allgemeingültigkeit erreichen. Insofern zeichnet sich die OKJA durch eine hohe Kontingenz aus. Folgt man Klatetzki (2010) ist dies typisch für sogenannte »soziale personenbezogene Dienstleistungsorganisationen«. Zu ihnen gehört auch die OKJA, denn sie

- »weist vielfältige, umstrittene und abstrakte Ziele auf,
- muss sich in mächtigen und turbulenten Umwelten verorten, [...]
- bekommt problematische Maße für Erfolg aufgezwungen,
- fordert von Fachkräften, sich in der Spannung zwischen Anarchie und Organisation [...] zu bewegen und dabei unterschiedliche Funktionen zu berücksichtigen« (Schwerthelm 2021, 899).

Jugendarbeiter*innen bewegen sich also in einem Funktionsspektrum von Kontrolle über Hilfe, zu Bildung und Selbstorganisation und müssen diese unterschiedlichen sowie theoretisch im Widerspruch stehenden Funktionen in ihren pädagogischen und fachpolitischen Alltag integrieren. Diese Gleichzeitigkeit verschiedener Funktionen und dementsprechenden pädagogischen Handelns kann als »hybride Organisation« (ebd.) bezeichnet werden, da solche Organisationen »Charaktermerkmale kombinieren, die normalerweise trennscharf« (Evers & Ewert 2010, 103) einem bestimmten Bereich zugeschrieben werden.

Neben der *Hybridität* zeichnet sich die OKJA – zumindest historisch – dadurch aus, dass ihr vor allem in den 1950er Jahren eine »strikte weltanschauliche Neutralität« (Giesecke 1980, 42) zugeschrieben wurde. »Weltanschauliche Neutralität« bezieht sich hier jedoch in erster Linie auf eine Abgrenzung zu den Weltanschauungen der Jugendverbände und ist nicht gleichzusetzen mit einer »politischen Neutralität«. Diesem Kontext verdankt die OKJA aber auf pädagogisch-praktischer Ebene ihre *Offenheit* als ihr wesentliches Charakteristikum. Offenheit bezieht sich dabei sowohl auf die Interessen und Anliegen, die von Kindern und Jugendlichen selbst eingebracht werden sollen und insofern nicht vorweg bestimmt werden können, als auch auf die Adressat*innen (Sturzenhecker 2004). Denn die OKJA ist nach dem Gesetz ein Angebot für alle jungen Menschen.

Eine weitere Besonderheit, die in diesem Zusammenhang Relevanz besitzt, ist die *Vielfalt* der Kinder- und Jugendarbeit. Neben einer starken regionalen Diversität und unterschiedlichen fachlichen Ausrichtungen besteht Pluralität beispielsweise auch bezüglich der Finanzierungsformen, der Trägerstrukturen, der Angebotsformen sowie der Nutzer*innen. Wie der 14. Kinder- und Jugendbericht feststellt, gibt es »wohl kaum ein Handlungsfeld in der Kinder- und Jugendhilfe, das so vielfältig und facettenreich und damit auch regional so verschieden ausgeprägt ist wie die Kinder- und Jugendarbeit« (Deutscher Bundestag 2013, 407). Zugleich heißt es: »Die Vielfalt der Kinder- und Jugendarbeit ist zwar [...] eine besondere Stärke, spiegelt sie doch ihre regionale Orientierung wider, sie macht jedoch

zugleich die Unübersichtlichkeit aus, da sie es erschwert, ein präzises Bild über dieses Feld [...] zu erhalten« (ebd.).

Dieses Für und Wider zeigt sich auch im Kontext politischer Interventionen: einerseits lässt sich festhalten, dass die beschriebenen Merkmale eine Stärke des Arbeitsfeldes sind, wenn es darum geht, das gelingende Aufwachsen und demokratische Handeln junger Menschen in der Gesellschaft zu unterstützen. Strukturell weist die Offene Jugendarbeit damit in besonderem Maße eine *Integrationsfähigkeit* auf. Gleichzeitig können Diversität, Offenheit, Hybridität und Kontingenz in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit – wie übrigens in der demokratischen Gesellschaft insgesamt – als Unbestimmtheit fehlinterpretiert werden und dadurch auch eine (fach)politische Angriffsfläche bilden. Ihre vermeintliche Unbestimmtheit erleichtert politischen Akteuren, das Arbeitsfeld durch Interventionen für eigene Ziele in Dienst zu nehmen. Das begründet ihre *Interventionsanfälligkeit* (Schwerthelm 2021) und gilt insbesondere für politische Akteure, die allgemeingültige Antworten und Lösungen auf gesellschaftliche Konflikte versprechen. Ebenso kann jede inhaltliche Ausrichtung oder Positionierung mit der Begründung des Erhalts einer als »Neutralität« (fehl)interpretierten Offenheit zum Anlass politischer Interventionen werden.

Erfolg und Misserfolg solcher Eingriffe stehen letztlich auch in einer Verbindung mit öffentlichen Bildern und Selbstbildern der Betroffenen. Wie dargestellt, kommt der Offenen Kinder- und Jugendarbeit zwar – fachlich und juristisch begründet – ein Auftrag politischer Bildung zu (Sturzenhecker 2013). Dieser ist jedoch der Fach- sowie Gesamtöffentlichkeit und vereinzelt auch den Fachkräften selbst nicht immer präsent (Kessler 2018; Deutscher Bundestag 2020). Daraus resultiert, dass auch die Forschung zur OKJA diese weniger als politisches Feld und Angriffe auch selten als »politisch« behandelt. Die im folgenden Kapitel beschriebenen Erfahrungen des Feldes mit politischen Interventionen decken jedoch historische wie wissenschaftliche Ausnahmen auf und illustrieren erste Muster.

4. Erfahrungen mit Steuerung und politischen Interventionen im Feld der Offenen Kinder- und Jugendarbeit

Steuernde und gestaltende Eingriffe durch (Fach)Behörden, Verwaltung und Politik gehören für die Offene Kinder- und Jugendarbeit seit jeher zum Alltag. Gleiches gilt für politische Interventionen. Sie stellen für manche ältere Einrichtung eine bis in die Gründungszeit zurückreichende, immer wiederkehrende Erfahrung dar. Andere Einrichtungen sehen sich erst in jüngerer Zeit mehr oder weniger weitreichenden Infrage-

stellungen gegenüber. Ob so oder so: Häufungen von Thematisierungen stehen immer im Zusammenhang mit gesellschaftspolitischen Konflikten und Debatten. Anders als z.B. bei Haushaltsdebatten ist dabei allerdings nie das gesamte Feld der Offenen Jugendarbeit betroffen. Vielmehr machen sich politisierte Infragestellungen und Angriffe stets an *bestimmten Typen von Einrichtungen, an bestimmten Konzepten und Besucherschaften* und an *bestimmten Ausgestaltungen der Arbeit* fest, die von Dritten kritisch gesehen oder umfänglich abgelehnt werden.

Erinnert werden kann in diesem Zusammenhang an die tiefgreifenden Konflikte, die im Zusammenhang mit der links-alternativ geprägten westdeutschen Jugendzentrumsbewegung im Schwerpunkt zwischen etwa 1971 und 1978 ausgetragen wurden. Aus ihrem Anliegen einer »Freizeit ohne Kontrollen« (Templin 2015) und aus ihrer Forderung nach selbstverwalteten Jugendtreffs resultierten zum Teil massive Auseinandersetzungen und Interventionen, die bis weit in die Phase der Etablierung vieler Einrichtungen hinein andauerten.² Heraufbeschworen wurden dabei Gefahren des Kontrollverlusts, oft verbunden mit Negativbildern kommunistischer, »linksradikaler« bzw. »linksextremer«, »Unterwanderung« und eines allgemeinen »Sittenverfalls«. Es kam zu starken politischen Abwehrreaktionen, insbesondere von konservativer Seite, im Ergebnis aber schließlich zu kulturellen Öffnungen, zu Institutionalisierungen und damit auch zu einer langfristigen Veränderung des Systems der Offenen Jugendarbeit.

Ein ganz anderes Konfliktfeld boten die Auseinandersetzungen um die sogenannte »akzeptierende Jugendarbeit« mit rechtsorientierten und rechtsextremen Jugendlichen. Zwischen 1991/92 und ca. 2000 kam es auch hier zu verschiedenen Interventionen und intensiven Diskussionen über die Frage, mit welchen Konzepten und bis zu welchem Punkt pädagogische Arbeit mit solchen jungen Menschen stattfinden könne.³ Diese Debatte betraf neben der Aufsuchenden bzw. Mobilen Jugendarbeit in starkem Maße die Offene Jugendarbeit. Sie wurde in Ost und West allerdings sehr unterschiedlich geführt und basierte auf stark voneinander abweichenden Ausgangs- und Rahmenbedingungen.

Aufgrund unterschiedlicher Inhalte, Themen und beteiligter Akteure lassen sich diese beiden Konfliktstränge kaum sinnvoll in einen logischen Zusammenhang bringen. Im ersten Fall wurde ein etabliertes System der Jugendpflege von unten herausgefordert. Im zweiten Fall bestand die spezifische Rahmung in einer von der Größe her bis dahin unbekannten Welle rassistischer (Jugend-)Gewalt. Diese war gesellschaftspolitisch verbunden mit der Wiedervereinigung und fachpolitisch eingelagert in die in diesem Zuge vollzogene Etablierung eines Jugendarbeits-Systems »West« in einem neuen Landesteil »Ost«. Im ersten Fall drängten von außen »emanzipatorische« Positionen ins Innere der Jugendarbeit. Im zweiten Fall ging es um die Frage, wie Jugendarbeit mit »anti-emanzipatorischen« Positionen ihrer (potenziellen) Adressat*innen umgehen kann. Im ersten Fall traten politische Akteure und Behörden gegen Jugendliche und sie unterstützende Sozialarbeiter*innen an, im zweiten Fall spielten sich Konflikte insbesondere innerhalb der pädagogischen Praxis sowie zwischen pädagogischer Praxis und Zivilgesellschaft ab. Auch hinsichtlich ihrer Ausmaße unterscheiden sich die Konflikte erheblich voneinander. Aber sie zeigen doch auf jeweils eigene Art, dass das Feld der Offenen Kinder- und Jugendarbeit nicht erst seit Kurzem eine Arena politischer Konflikte ist.

Aktuelle Diskussionen und Studien zum Gesamtbereich der Jugendpolitik und Jugendarbeit machen auf einen dritten Konfliktstrang aufmerksam. Dieser ist eng verbunden mit den derzeitigen Geländegewinnen einer »populistischen« oder »extremen« Rechten und der Konsolidierung einer neuen parteipolitischen Kraft des rechten Lagers in Gestalt der AfD.⁴ Wenngleich sich die theoretischen Einschätzungen zu dieser Partei unterscheiden (und sie zudem auch vergleichsweise stark in Bewegung ist), so ist doch offensichtlich, dass sie ihre mittlerweile umfassende parlamentarische Präsenz bis in die kommunale Ebene hinein nutzt, um im Geiste einer »Zeitenwende« politisch unliebsame Akteur*innen und Konzepte offensiv anzugehen, ihre gesellschaftliche Legitimität und Unterstützungswürdigkeit zu hinterfragen, Diskurslinien zu

2 Siehe hierzu neben der umfassenden Aufarbeitung von Templin 2015 auch Steinacker 2013, 2018; exemplarisch zu Hannover Templin 2018. Zur Entwicklung einer emanzipatorischen Pädagogik der 1970er Jahre siehe Steinacker 2010 sowie die Beiträge in dem Sammelband zum »langen Sommer der Revolte« von Thole, Wagner & Stederoth 2020.

3 Dazu aus fachlicher Sicht z.B. Krafeld 1992, 2007; Buderus 1998; Simon 2013; aus Sicht politisch intervenierender Gruppen z.B. Norddeutsche Antifa Gruppen 1996. Den derzeit aktuellsten und umfassendsten Überblick über gesammelte (sozial)pädagogische Erfahrungen in verschiedenen Arbeitsfeldern geben Möller & Schuhmacher 2014.

4 Die gegenseitige Abgrenzung dieser Lager und Strömungen ist sowohl theoretisch als auch empirisch voraussetzungsreich und wird auf unterschiedliche Weise vorgenommen. Dabei besteht gerade in Bezug auf die Einordnung der AfD ein gewisser Variantenreichtum und sie wird insgesamt zwischen Rechts-Konservatismus, Rechtspopulismus, autoritärem Populismus, (völkischem) Nationalismus und Rechtsextremismus verortet. Zur Stellung des seit 2015 hochdynamischen Feldes der äußeren Rechten in Bezug auf Demokratie als (Wert-)Ordnung und die Krise demokratischer Repräsentation siehe bspw. Dörre 2016; Salzborn 2017; Birsl 2018; Kellershohn & Häusler 2018; Frei u.a. 2019. Allerdings beziehen diese Betrachtungen die aktuellen Dynamiken im Kontext der Corona-Proteste noch nicht ein.

verschieben und auf diese Weise den eigenen politischen Einfluss zu vergrößern.

Für den Bereich der Jugendpolitik liegen über die Vorgehensweisen und Positionen der AfD mittlerweile erste Studien und Analysen vor (Hafeneger u.a. 2018; Hafeneger & Jestädt 2020; Schwerthelm, Schuhmacher & Zimmermann 2020). Weitere empirische Arbeiten nehmen die gesamte »extreme« oder »populistische« Rechte in ihrem praktischen oder diskursiven Einwirken auf verschiedene Bereiche der Sozialen Arbeit (Gille & Jagusch 2019)⁵ oder in ihrer Einflussnahme auf die »organisierte Zivilgesellschaft«, bestehend aus Gewerkschaften, Religionsgemeinschaften, sozialen Unterstützungssystemen, Sport und Kultur, in den Blick (Schroeder u.a. 2020). Kurz gesagt bilanzieren diese Studien, flankiert von einer Vielzahl an Berichten, Handreichungen und Stellungnahmen aus unterschiedlichen Praxisfeldern,⁶ einen wachsenden gesellschaftspolitischen Druck »von rechts«. Dieser drückt sich konkret aus in Angriffen auf Konzepte und Zielgruppen oder in der Forderung nach einer sogenannten »politischen Neutralität«.⁷

Die Veröffentlichungen geben zugleich Hinweise darauf, dass die Vorstellung eines »Angriffs von außen« zu kurz greift. Denn erstens können neben Adressat*innen und Klient*innen – der konzeptionellen Selbstbeschreibung als »Menschenrechtsprofession« zum Trotz – auch Fachkräfte und Engagierte anti-demokratische und fremdenfeindliche Einstellungen haben.⁸ Zweitens existieren – wenn auch bislang in sehr bescheidenem Rahmen realisierte – Ambitionen einer Jugend(sozial)arbeit von rechts, die über die Einbindung in Organisationen hinausweist. Und drittens reichen bereits allgemeine gesellschaftliche Debatten und Stimmungen, um Verunsicherungseffekte im Inneren der Praxis auszulösen (Haase, Nebe & Zaft 2020). Schließlich zeigen die Studien auch, dass nie gesamte Arbeitsfelder und auch nicht alle Bereiche gleichermaßen betroffen sind. Dies mag in Teilen Zufall sein. Vor allem aber erklären sich unterschiedliche Betroffenheiten daraus, wie groß die jeweilige Nähe zum Thema Politik und wie hoch die öffentliche Sichtbarkeit des Angebots ist.

Das Feld der Offenen Jugendarbeit wird in diesen Studien zwar oft erwähnt, aber – auch aufgrund der breiten Anlage der Untersuchungen – nicht in seinen oben beschriebenen Besonderheiten thematisiert. Zusätzlich droht durch die Konzentration auf die »extreme« oder »populistische« Rechte eine Betrachtungslücke zu entstehen. Zwar wird herausgearbeitet, dass Einrichtungen und Träger aufgrund ihrer politischen oder fachlichen Profile von rechts außen angegriffen werden. Außen vor bleibt allerdings die Frage, ob sie mit denselben oder ähnlichen Argumenten auch ins Visier von Akteuren geraten, auf die das Etikett »rechtsaußen« oder »rechts« gar nicht passt.

Zu erinnern ist jedenfalls daran – und dies markiert einen vierten Strang –, dass gerade als »links« und »alternativ« verortete Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit und der damit zuweilen eng verknüpften soziokulturellen Arbeit auf langjährige Erfahrungen mit Infragestellungen, Interventionen und Angriffen verweisen können. Sie ähneln auf den ersten Blick jenen aus der Hochphase der Jugendzentrumsbewegung, besitzen allerdings andere gesellschaftspolitische Rahmungen. Dabei müssen den vorliegenden Befunden nach Unterschiede zwischen West und Ost betont werden. Typisch für den Westen waren ab den 1980er Jahren eher turnusmäßige Infragestellungen seitens bürgerlicher Parteien und zuweilen spektakuläre polizeiliche Aktionen mit politischem und juristischem Nachhall – wie bspw. in Nürnberg 1980 im Anschluss an eine Demonstration (Glaser 1981), in Göttingen 1986 im Rahmen einer Veranstaltung (Hoeft & Rugenstein 2016) oder in Hannover 1984 und 1995 im Kontext der Punk-Treffen »Chaos-Tage« (UJZ Glocksee 2012). Dabei betrafen diese Geschehnisse stets einen ähnlichen Typus von klar links-alternativ positionierten Jugend(kultur)zentren.

Im Osten, in dem sich eine solche Struktur erst ab 1990 entwickelte, war demgegenüber ein anderes und auch breiteres Bild charakteristisch, das zumindest in Teilen bis heute Bestand haben dürfte. Sein Hintergrund sind die in jener Zeit aufkommenden rassistischen und neonazistischen Mobilisierungen sowie eine sich im Nachgang an vielen Orten verfestigende Problematik rechtsextremer Dominanzkulturen.⁹ In einer

5 Siehe daneben Milbradt/Wagner 2016 sowie die Beiträge in Sozialmagazin 11-12/2017; Archiv für Wissenschaft und Praxis der Sozialen Arbeit 2/2020; Forum 2/2020; Haase, Nebe & Zaft 2020; Sozial Extra 44/2020. Zu neueren Entwicklungen einer genuin rechten Jugendarbeit z.B. Grigori & Trebing 2019; 2021. Einzelbeispiele aus der jüngeren Zeit sind jugendarbeiterische Aktivitäten der neonazistischen Partei »III. Weg im Vogtland oder Ankündigungen zur Einrichtung eines Jugendzentrums durch den rechten Rapper Chris Ares in Bischofswerda und Bautzen.

6 Zu letzteren ohne Anspruch auf Vollständigkeit etwa Der Paritätische 2016, 2018, 2019; Amadeu Antonio Stiftung 2017, 2019; AWO Bundesverband 2017; Bundesverband Mobile Beratung, Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin & Kulturbüro Sachsen 2017; Diakonie Deutschland 2018; Drücker u.a. 2019; mit speziellem Blick auf die Offene Jugendarbeit AGJF Sachsen 2017.

7 Siehe zu den Interpretationen sowie den absichtsvollen Fehlinterpretationen des Neutralitätsgebots durch Akteure von rechtsaußen sowie zu den Bedingungen politischer Bildung im Kontext rechter Mobilisierungen etwa Besand 2017; Ahlheim 2018; Cremer 2019.

8 Gille & Jagusch 2019: 79ff.; Schroeder u.a. 2020: 68ff.; siehe dazu auch bereits Scherr & Bitzan 2007; Lehnert & Radvan 2016: 113ff; Milbradt & Wagner 2016.

9 Siehe als unsystematische Auswahl im Gang durch die Jahrzehnte Schröder 1997; Wagner 1998; Döring 2008; Bürk 2012; Lamprecht 2013; Akademie für politische Bildung/Aktionsbündnis 2019.

Vielzahl von Publikationen wird in diesem Zusammenhang auf zweierlei hingewiesen: Zum einen waren ›nicht-rechte‹ Jugendtreffs in Ostdeutschland gerade in den 1990er Jahren in erheblichen Maße von gewalttätigen Angriffen, aber auch von ›Übernahmen‹ Rechter betroffen.¹⁰ Zum anderen entwickelten sich mancherorts parallel dazu Mechanismen oder gar Traditionen eines spezifischen Problem-Managements, in dessen Mittelpunkt Logiken der Problem-Umkehr stehen. Das heißt: diejenigen, die auf ein Problem hinweisen, werden zu den eigentlichen Verursachern dieses Problems gemacht. Darüber hinaus werden sie mit vereindeutigenden Negativ-Etiketten ausgestattet. Das heißt wiederum: diejenigen, die mit der lokal vorherrschenden Problembeschreibung nicht

konform sind, werden oft als ›linksextrem‹ bezeichnet.¹¹ Im Ergebnis waren (und sind) diese Jugendeinrichtungen damit von einem zweifachen Viktimisierungseffekt betroffen.

Die Geschichte dieser Erfahrungen ist übrigens noch nicht geschrieben worden. Bereits die übersichtsartige Darstellung zeigt jedoch zwei Dinge: Politische Interventionen sind ein immer wiederkehrendes oder auch latent vorhandenes Dauerthema. Zugleich variieren Formen, Intervenierende und Grade der Betroffenheit. Entsprechend verlangen die vorliegenden Befunde und Blitzlichter nach einer fortlaufenden Aktualisierung und Präzisierung. Genau hier setzt unsere Erhebung empirisch an.

10 Faktisch handelt es sich um zwei unterschiedliche Prozesse, die analytisch auseinanderzuhalten wären. Festzustellen ist jedoch allgemein: Die in jüngster Zeit pointiert als »Baseballschlägerjahre« bezeichnete Phase massiver rechter Gewalt in den 1990er Jahren tauchte in zeitgenössischen wissenschaftlichen Publikationen oft nur im Szenario der »Jugendgewalt« auf. Insgesamt fehlen damit genauere Aufarbeitungen der Dynamiken und Rahmenbedingungen. Allerdings findet sich mittlerweile eine Fülle an dokumentarischen und belletristischen Beiträgen, die die Stimmung jener Jahre in den ostdeutschen Bundesländern einfangen; siehe für ersteres z.B. Schröder 1997; Mareth & Schneider 2010, für zweiteres die Romane von Meyer 2007; Richter 2015 oder Präkels 2017.

11 Vgl. Schröder 1997; Schickert 2010; Wilking 2012, aber auch Lokalanalysen mit besonderem Blick auf ostdeutsche Kommunen bei Klemm, Strobl & Würtz 2003; Liebscher & Schmidt 2007; Bürk 2012. Mit besonderem Blick auf die Offene Jugendarbeit Chronik.LE 2019; Dietrich 2020.